

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 18.01.2018

Von Knut Mellenthin

20.01.2018

## «Kein Respekt»

*USA halbieren die Unterstützung für palästinensische Flüchtlinge. EU-Politiker fordert Anerkennung eines Palästinenserstaates*



*Zwei Palästinenser im Flüchtlingslager in Jalazone am 3. Januar 2018. Im Hintergrund das Logo der UNRWA*

Foto: Mohamad Torokman/REUTERS

Die US-Regierung hat am Dienstag angekündigt, ihre Zahlungen an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zu halbieren. Das konfrontiere die Hilfsorganisation, die für rund fünf Millionen palästinensische

Flüchtlinge verantwortlich ist, mit der »dramatischsten finanziellen Krise in ihrer Geschichte«, kommentierte Generalkommissar Pierre Krähenbühl. Der Schweizer Diplomat will »in den kommenden Tagen eine weltweite Spendenaktion starten«, um »die Offenhaltung unserer Schulen und Krankenhäuser für 2018 und darüber hinaus« zu sichern.

Die UNRWA beschäftigt etwa 30.000 Menschen. Darunter sind 20.000 Lehrer und Erzieher, die vor allem im besetzten Westjordanland, im Gazastreifen, im Libanon und in Jordanien arbeiten. Auch Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger, Sozialarbeiter und Ingenieure gehören zum Personal der 1949 gegründeten Organisation. Damals gab es aufgrund des ersten israelisch-arabischen Krieges über 700.000 palästinensische Vertriebene und Geflüchtete. Die Resolution 194 der UN-Vollversammlung vom 11. Dezember 1948 verfügte, dass allen, die das wünschten, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Rückkehr ermöglicht werden sollte.

Es geht praktisch um nicht mehr als 65 Millionen Dollar, die die USA jetzt der UNRWA vorenthalten. Es ist schwer vorstellbar, dass die EU, die arabischen Ölmonarchien und der Iran die Summe nicht kompensieren könnten, wenn sie in ihre Kaffeekassen griffen. Dadurch dass die USA die größten Geldgeber der UNRWA und der palästinensischen Behörden im Westjordanland sind, hat sich eine Abhängigkeit entwickelt, die in der gegenwärtigen Situation fragwürdig scheint.

Im vergangenen Jahr trugen die USA mit über 350 Millionen Dollar ein Drittel des Budgets der Hilfsorganisation. Für 2018 waren als erste Rate 125 Millionen versprochen. 65 Millionen davon will Washington jetzt »für künftige Überlegungen« zurückhalten. Diese Entscheidung war erwartet worden, seit Donald Trump am 2. Januar verärgert getwittert hatte: »Wir zahlen den Palästinensern Hunderte Millionen Dollar im Jahr und bekommen dafür weder Wertschätzung noch Respekt. Sie wollen nicht einmal über einen längst überfälligen Friedensvertrag mit Israel verhandeln.« – Warum also sollten die USA ihnen künftig noch so viel Geld zahlen?

Insiderberichten zufolge wurde über das Thema am 5. Januar im Weißen Haus verhandelt. Die Vertreterin der USA bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, habe sich als einzige dafür ausgesprochen, die Zahlungen an die UNRWA komplett einzustellen. Auf der anderen Seite hätten insbesondere Außenminister Rex Tillerson und Verteidigungsminister James Mattis vor der destabilisierenden Wirkung der Kürzungen gewarnt. Als Kompromiss sei die am Dienstag verkündete Regelung beschlossen worden.

In Israel stößt die Entscheidung der US-Regierung nicht auf volle Zustimmung: Viele Politiker fürchten, dass Israel im besetzten Westjordanland für die Deckung der finanziellen Lücke der UNRWA in Anspruch genommen werden könnte. Premierminister Benjamin Netanjahu forderte am 7. Januar die »schrittweise« Beseitigung der UNRWA, eine starke Reduzierung ihrer Aufgaben und der Zahl der Hilfeberechtigten. Auch die Überführung der Organisation in das allgemeine Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) forderte Netanjahu. Dass der Palästina-Konflikt ein Flüchtlingsproblem erzeugt, soll der internationalen Aufmerksamkeit entzogen werden. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn hat sich, wie die *Süddeutsche Zeitung* am Mittwoch berichtete, für die Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat ausgesprochen. Zugleich beklagte er die Uneinigkeit der EU-Staaten, die es derzeit unmöglich mache, eine aktive Nahostpolitik zu gestalten. Aber wenn Frankreich »mit der Anerkennung Palästinas voranginge, würden weitere Staaten folgen, auch Luxemburg«.